

Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise hinterfragen

Über Funktionsweise und Alternativen unseres Wirtschaftssystems

Wodurch ist die Wirtschaft denn so in die Krise geraten? Und was kann man dagegen tun? KonsumentInnen haben Macht: Das Streben nach dem billigsten Angebot steuert ebenso wie die Entscheidung, fair zu handeln. Auch auf dem Finanzmarkt.

Die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise ist derzeit in aller Munde und langsam aber sicher sind die Auswirkungen auch im täglichen Leben in Europa spürbar. Was sich in der Finanzbranche auf internationaler Ebene abspielt, scheint zwar weit entfernt, jedoch können sinkende Aktienkurse in einer globalisierten Weltwirtschaft eine weit reichende Kettenreaktion auslösen. In gewisser Weise sind die meisten von uns an den Entwicklungen beteiligt – und sei es nur dadurch, dass wir unsere Ersparnisse auf die Bank bringen und somit für Geschäfte auf den Finanzmärkten zur Verfügung stellen.

Wer hätte vor zwei Jahren gedacht, dass angebliche Probleme am US-amerikanischen Hypothekenmarkt eine weltweite Wirtschaftskrise auslösen würden, deren Folgen eine unvorhersehbare Dynamik entwickeln? Nun, einige kritische BeobachterInnen des globalen Wirtschaftssystems warnen schon seit Jahren vor derartigen Szenarien. Doch in der breiten Öffentlichkeit

wurde diesen Stimmen kaum Gehör geschenkt, sei es, weil viele an diesem fehlerhaften System verdienten, sei es aus Angst davor, dass die prognostizierten Schwierigkeiten wirklich eintreffen könnten. Zudem hat uns die kapitalistische Marktwirtschaft seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges innerhalb kurzer Zeit zu großem Wohlstand verholfen, während andere Modelle scheiterten – eine bessere Alternative scheint es nicht zu geben.

Folgeschwere Widersprüche

Doch hat die kapitalistische Marktwirtschaft bisher wirklich so gut funktioniert? Große Teile der Bevölkerung Westeuropas, Nordamerikas, Japans und einiger weniger weiterer Staaten leben zwar in noch nie da gewesenem Wohlstand, doch Millionen von Menschen leiden an Hunger, sind zu Arbeiten unter sklavenähnlichen Bedingungen gezwungen und sterben an Krankheiten, die mit einfachen medizinischen Mitteln geheilt werden könnten. Von derartigen Zuständen wird zwar in den Medien immer wieder am Rande berichtet, aber für Aufruhr sorgen sie nur bei wenigen. So reicht es anscheinend auch von Seiten der Politik vollkommen aus, gut gemein-

te Absichtserklärungen für die Verbesserung der Situation abzugeben und einen minimalen Bruchteil des Staatsbudgets für Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung zu stellen: Nicht einmal die vereinbarte Zielsetzung aller OECD-Länder von 0,7 Prozent des BIP wird von den meisten Staaten erreicht.

Im Gegensatz dazu werden angesichts der Krisensituation den großen Banken und multinationalen Industriekonzernen innerhalb weniger Wochen ungeheure Geldsummen für Rettungspakete bereitgestellt. Die Notwendigkeit staatlichen Eingreifens in solchen Notsituationen sei an dieser Stelle nicht in Frage gestellt – schließlich würde durch die Insolvenz von Großbanken die gesamte Finanzwelt im Chaos versinken und der Bankrott von Unternehmen wie General Motors tausende Arbeitsplätze vernichten und viele kleinere Firmen mit in den Ruin ziehen. Die Logik dieser Geschehnisse sollte uns aber zum Nachdenken und Hinterfragen animieren. Die globalen wirtschaftlichen Zusammenhänge sind zwar höchst komplex, doch die grundlegenden Mechanismen sind leichter verständlich, als man von vorneherein annehmen mag.

Fortwährende Dynamik

Beginnen wir zum Beispiel beim Konkurrenzmechanismus am freien Markt. Das Wettbewerbsprinzip unter den Anbietern ist das Herzstück unseres Wirtschaftssystems. Jedes Unternehmen spezialisiert sich auf die Produktion bestimmter Güter, seien es Kleidung, Haushaltsgeräte oder Nahrungsmittel. Weil in der jeweiligen Branche mehrere Produzenten ähnliche Waren anbieten, können KonsumentInnen zwischen verschiedenen Angeboten wählen. Bei ähnlicher Qualität ist meist der Preis ausschlaggebend

dafür, welches Produkt schlussendlich im Einkaufswagen landet. Die Unternehmen müssen also ständig versuchen, günstigere Waren anzubieten als die Konkurrenz. Um trotzdem einen Gewinn erwirtschaften zu können, gilt es, Produktionskosten zu sparen. Dafür gibt es unterschiedliche Möglichkeiten, etwa der Einsatz effizienterer Maschinen oder die Auslagerung der Produktionsstätten in Länder mit niedrigerem Lohnniveau.

Da im freien Wettbewerb niemals eine Untergrenze erreicht werden kann, entsteht ein Kreislauf, der zu immer kleineren Preisen und damit einhergehend zu geringeren Produktionskosten führt. Denn kaum zieht ein Unternehmen

»Zieht ein Unternehmen beim Konkurrenzangebot nicht mit, kann es seine Waren nicht mehr verkaufen.«

beim Konkurrenzangebot nicht mit, kann es seine Waren nicht mehr verkaufen. Dieser Mechanismus hat dazu geführt, dass wir hier in Westeuropa nur mehr einen geringen Teil unseres Einkommens für Nahrungsmittel ausgeben müssen und uns diverse Luxusgüter leisten können, jedoch um den Preis, dass anderswo die Löhne das äußerste Existenzminimum kaum übersteigen, Arbeitsplätze durch Maschinen ersetzt werden und die Umwelt schonungslos ausgebeutet wird.

Um diesem Trend entgegenzuwirken, ist es notwendig, Spielregeln einzuführen, die alle Marktteilnehmer zur Einhaltung gewisser Mindeststandards zwingen. Die Aufgabe, diese Rahmenbedingungen festzulegen und zu überwachen, wird meist den Staaten zugeschrieben. Die jeweiligen Regierungen sind dabei allerdings großem Druck ausgesetzt, denn diverse Interessengruppen versuchen Einfluss auf die politischen Entscheidungen zu nehmen. Während von Seiten der Unternehmensführungen meist

niedrige Standards, beispielsweise bei den Arbeitsbedingungen, angestrebt werden, setzt sich die Vertretung der ArbeitnehmerInnen in der Regel für stärkere Regulierungen ein. Die nationalen Regierungen müssen sich für einen Mittelweg entscheiden und je nachdem, zu welcher Seite sie tendieren, hat das zur Folge, dass es relativ umfangreiche Arbeitnehmerschutzbestimmungen wie etwa in Österreich gibt oder unzumutbare Verhältnisse wie in den Textilfabriken in Bangladesch oder Mexiko.

Wetteifern um Renditen

Um wieder zur aktuellen Finanzkrise zurückzukommen: Auch hier spielt das Prinzip des freien Wettbewerbs eine tragende Rolle. Im Mittelpunkt der Geschehnisse rund um die US-amerikanische Immobilienkrise und die daraus resultierenden Folgen stehen Banken. Deren grundsätzliche Aufgabe liegt darin, Geld von AnlegerInnen zu sammeln und in Form von Krediten an Privatpersonen oder Unternehmen weiterzugeben. Diese Vermittlungsfunktion ist für ein leistungsfähiges Wirtschaftssystem wichtig, da viele Investitionen ohne zusätzlich ausgeborgte Geldmittel nicht getätigt werden könnten. Die Differenz zwischen den unterschiedlichen Zinssätzen von Einlagen und Krediten steht den Banken als Ertrag für ihre Tätigkeit zu. Im Prinzip nützt dieses System allen Beteiligten, vorausgesetzt bestimmte Richtlinien werden eingehalten.

Allerdings sind auch Banken dem bereits beschriebenen marktwirtschaftlichen Konkurrenzmechanismus ausgesetzt. Weil das Bankengeschäft hohe Gewinne verspricht, wetteifern zahlreiche Anbieter von Geldanlagen und Krediten um potenzielle KundInnen. Die Rolle der niedrigen Preise als Richtwert für die Wettbe-

werbsfähigkeit übernimmt in dieser Branche der Zinssatz. Die Bank, die ihren AnlegerInnen die höchsten Sparzinsen anbieten kann, hat am

»Im Prinzip nützt dieses System allen Beteiligten, wenn...«

Markt die Nase vorn. Um attraktive Zinssätze für die SparerInnen auszahlen zu können, müssen die Geldinstitute selbst noch höhere Zinsen einnehmen, sei es durch die Vergabe von Krediten oder durch Investitionen in verschiedene Anlageformen auf den Finanzmärkten. Letzteres wurde vor allem in den vergangenen Jahren immer reizvoller, da die Börsen hohe Gewinnmöglichkeiten versprochen. Investmentbanken, die auf Geschäfte an den Finanzmärkten spezialisiert sind, konnten Profite in Milliardenhöhe einstreichen und auch Unternehmen anderer Branchen (bis hin zu Privatpersonen) investierten vermehrt in Wertpapiere.

Ein Problem dieser Entwicklung lag jedoch darin, dass das auf Finanzmärkten veranlagte Kapital nicht für die Vergabe von Krediten genutzt werden kann und daher nicht für Investitionen von Unternehmen zur Verfügung stand. Ein anderes ergab sich unmittelbar aus dem Konkurrenzdruck zwischen den Banken: Da immer mehr ihr Glück an der Börse versuchten, wurden zunehmend größere Risiken in Kauf genommen, um höhere Zinsgewinne verbuchen zu können als die Mitstreiter. Früher oder später mussten diese risikoreichen Geschäfte schief gehen – die Blase platzte – und ab diesem Zeitpunkt nahm eine Reihe von Verlusten ihren Lauf. Jetzt wurde vielen erst bewusst, mit welcher hohen Summen spekuliert wurde, ohne das Risiko vernünftig zu kalkulieren.

Dass es gerade jetzt zu dieser Zuspitzung des Konkurrenzdrucks an den Finanzmärkten gekommen ist, der zu unvorsichtigem Handeln

verleitet hat, kann unter anderem damit begründet werden, dass etwa seit den 1980er-Jahren mit der zunehmenden Popularität neoliberaler Wirtschaftspolitik immer mehr der beschränkenden Regulierungen im Finanzsektor abgebaut wurden.

Die Immobilienfalle

Ohne zu sehr ins Detail zu gehen, sind an dieser Stelle vielleicht noch ein paar Worte zur Immobilienkrise in den USA angebracht. Diese hat den Stein ins Rollen gebracht und die Hintergründe sagen einiges über die Charakteristik unseres marktwirtschaftlichen Systems und die gängigen Praktiken in der Finanzbranche aus.

Vor allem ab dem Jahr 2000 stiegen die Preise für Häuser und Wohnungen in den USA sehr stark an. Es wurde zu einem lukrativen Geschäft, sich ein Eigenheim zu kaufen und wenige Jahre oder auch nur Monate später wieder zu einem höheren Preis zu verkaufen. Interessenten waren genug vorhanden, weil mit weiteren Preissteigerungen gerechnet wurde und möglichst viele an dieser Entwicklung verdienen wollten. Verstärkt wurde der Trend von Banken, die ihren KundInnen empfahlen, Kredite für den Kauf von Häusern und Wohnungen aufzunehmen, die gleich mit einer Hypothek auf die neu erworbene Immobilie besichert werden konnten. Nach dem späteren Verkauf der Eigenheime würde der Gewinn ausreichen, um die Kreditschulden auszugleichen und zusätzlich einen ordentlichen Profit verbuchen zu können – so die BeraterInnen vieler Banken.

Bei der Kreditvergabe wurde kaum Rücksicht auf die eigentlichen Bedürfnisse der potenziellen KundInnen genommen. Auch Leuten mit einem sehr niedrigen Einkommen, die sich einen hohen Kredit für den Kauf eines Hauses nor-

malerweise nicht leisten könnten und ihr Geld für andere Ausgaben des täglichen Bedarfs benötigen, wurde zu derartigen Geschäften geraten. Es wurden sogar spezielle Formen von Krediten erfunden, die auf Menschen mit geringen Vorkenntnissen den Eindruck erweckten, es würde sich um eine sehr günstige Kredit-Variante handeln. Tatsächlich aber waren die Zinssätze bei einkommensschwächeren Personen umso höher und oft wurden die Schulden nur auf einen späteren Zeitpunkt verlagert.

Diese Praxis wurde einige Zeit lang vorangetrieben, bis tatsächlich der Moment kam, an dem immer mehr SchuldnerInnen ihre Zins- und Tilgungsraten nicht mehr zahlen konnten. Daher verkauften sie ihre Eigenheime, um mit dem Erlös die Schulden zu begleichen. So entstand

»komplexe und undurchsichtige Finanzprodukte«

plötzlich ein Überangebot an Immobilien, sodass deren Wert sank und der Verkaufserlös bald nicht mehr ausreichte, um die Kredite zurückzahlen zu können. Tausende gutgläubige KreditkundInnen schlitterten in eine Schuldenfalle und verloren nicht nur ihr Dach über dem Kopf, sondern ihr gesamtes Vermögen, das zur Tilgung der Kreditschulden herangezogen wurde. Trotzdem konnten viele ausstehende Verbindlichkeiten nur teilweise getilgt werden, weshalb auch auf die Kredit gebenden Banken hohe Verluste zukamen. Diese hatten sich wiederum teilweise abgesichert, indem sie durch komplizierte Verfahren die ausstehenden Kredite in Form von Wertpapieren an den Börsen verkauften. Diese überaus komplexen und undurchsichtigen Finanzprodukte versprachen hohe Gewinne, sodass verschiedenste Unternehmen große Geldsummen auf diese Weise anlegten und schlussendlich verloren.

KonsumentInnen entscheiden

In der Medien-Berichterstattung über die Finanz- und Wirtschaftskrise taucht immer wieder das Bild des »mächtigen Konzernmanagers« auf, der rücksichtslos danach strebt, Renditen in Milliardenhöhe zu erwirtschaften und zu einem guten Teil in der eigenen Tasche verschwinden zu lassen. Auch wenn einzelne Personen sicherlich eine beträchtliche Rolle in den beschriebenen Entwicklungen spielten, ist es verkürzt, ihnen die alleinige Schuld an der jetzigen Krise zuzuschreiben. Das grundlegende Problem liegt in der

»Unser Verhalten ist entscheidend dafür, in welche Richtung der Konkurrenzmechanismus die anbietenden Unternehmen lenkt.«

Fehlerhaftigkeit des marktwirtschaftlichen Systems selbst. Radikale KritikerInnen sehen die aktuelle Krise daher als Anlassfall, um eine komplette Umgestaltung unseres Wirtschaftssystems zu fordern. Gemäßigtere Stimmen setzen sich für neue Regulierungen ein, um durch politische Rahmenbedingungen die Mängel zu beseitigen. Dass es jedenfalls einer Änderung bedarf, geben mittlerweile sogar vormals vehemente Verfechter der freien Marktwirtschaft zu. Doch inwieweit kann jede/r Einzelne von uns ihren/seinen Beitrag leisten?

Zunächst gilt es zu hinterfragen, welche Rolle jede/r von uns im marktwirtschaftlichen Kreislauf einnimmt. Da wir in verschiedenster Weise als KonsumentInnen auftreten, bilden wir ein wichtiges Glied in der Kette. Unser Verhalten ist entscheidend dafür, in welche Richtung der Konkurrenzmechanismus die anbietenden Unternehmen lenkt. Angenommen, wir würden nicht immer die billigsten Produkte kaufen, sondern nur jene, die unter guten Arbeitsbedingungen

hergestellt werden, dann müssten sich die Unternehmen diesem Trend anpassen. Dass dies durchaus möglich ist, zeigt der große Erfolg von fair gehandelten Produkten in den vergangenen Jahren. Dadurch, dass wir KonsumentInnen bereit sind, einen etwas höheren Preis für Kaffee zu bezahlen, können die Bäuerinnen und Bauern in den Herkunftsländern ein angemessenes Einkommen erwirtschaften und ihre Lebensumstände verbessern.

Auch im Finanzbereich treten wir als KonsumentInnen auf, indem wir beispielsweise unsere Ersparnisse anlegen. Wie im Lebensmittelgeschäft haben wir dabei die Auswahl zwischen verschiedenen Produkten – ob Sparbuch, Aktienfonds oder Lebensversicherung. Ausschlaggebend für die Entscheidung ist meist die Höhe der angebotenen Zinserträge. In jedem Fall aber wird das Geld für einen gewissen Zeitraum der Bank überlassen und diese kann mehr oder weniger frei darüber verfügen. Ob die Summe, die auf meinem Sparbuch »liegt«, als Kredit an ein kleines Unternehmen weitergegeben wird oder für Spekulationen am Finanzmarkt dient – mit der Einzahlung habe ich die Entscheidung darüber der Bank überlassen.

Unfares Zinssystem

An dieser Stelle sei eine kritische Anmerkung zur Charakteristik von Zinserträgen bzw. Kreditzinsen im Allgemeinen angebracht: Diese haben eine wesentlich verstärkende Wirkung auf den wachsenden Unterschied zwischen Arm und Reich. Je mehr Geld veranlagt werden kann, desto größere Zinserträge können ohne weiteres Zutun eingenommen werden. Wer hingegen nicht in der glücklichen Lage ist, überhaupt einen kleinen Teil des Einkommens ansparen zu können, profitiert auch nicht von den Zinserträgen – und

in dieser Situation befindet sich ein sehr großer Teil der Menschen weltweit!

Hinsichtlich der Kreditzinsen ist der Unterschied noch drastischer: KlientInnen, die über ein Haus, Auto oder andere Wertgegenstände verfügen, bekommen von Banken problemlos Darlehen und je mehr materielle Sicherheiten geboten werden können, desto niedriger wird der Zinssatz angesetzt. Schließlich besteht aus Sicht der Bank dann nur ein minimales Risiko,

»Startkapital von 100 Euro«

dass der Kredit nicht zurückgezahlt wird. Menschen hingegen, die unter finanzieller Not leiden und nichts besitzen, außer einer notdürftigen Unterkunft und den allernotwendigsten Dingen, die ihr Überleben ermöglichen, bekommen von einer gewöhnlichen Bank überhaupt keinen Kredit. Schließlich können sie keinerlei materielle Sicherheiten anbieten.

Außerdem lohnt sich für Banken eine Kreditvergabe erst ab einer bestimmten Höhe – in finanzieller Armut lebende Menschen würden aber nur geringe Summen benötigen, um ein Kleinst-Unternehmen aufbauen zu können. Schon ein Startkapital von 100 Euro könnte für sie neue Einkommensmöglichkeiten schaffen, etwa um eine Nähmaschine, ein Fahrrad oder ein paar Hühner zu kaufen. Weil sie von Banken jedoch keine derartigen Darlehen bekommen, geraten sie oft in eine Schuldenfalle, weil sie gezwungen sind, Kredite bei lokalen Geldverleihern aufzunehmen, die ihnen Wucherzinsen abverlangen.

Mikrokredite gegen Armut

Dieser Problematik hat sich unter anderen der ökumenische Weltrat der Kirchen bereits 1975

angenommen und einen Weg geschaffen, Kirchengelder so anzulegen, dass sie Menschen in verschiedenen Ländern zugute kommen, indem damit Darlehen für Entwicklungsprojekte finanziert werden. Daraus entstand die internationale Genossenschaft Oikocredit.

Etwa zur gleichen Zeit entwickelte ein Wirtschaftsprofessor in Bangladesch ein System, das die Vergabe von Kleinstkrediten (so genannte Mikrokredite) an arme Menschen ermöglicht. Dieses erwies sich als so erfolgreich in Bezug auf die Linderung von Armut, dass eben jener Ökonom namens Muhammad Yunus 2006 dafür den Friedensnobelpreis verliehen bekam. Der Schlüssel des Erfolgs liegt darin, dass Menschen nicht

Internethinweis

<http://www.oikocredit.org>

verweist auch auf nationale Kooperationspartner und Fördervereine

gemäß materieller Kategorien bewertet werden, sondern dass ihre Fähigkeiten anerkannt und ihre Potenziale gefördert werden.

Auch Oikocredit wurde schon vor Jahren auf die positive Wirkung von Mikrokrediten aufmerksam und beteiligte sich an derartigen Initiativen. Mittlerweile verwaltet Oikocredit nicht

»Fähigkeiten anerkannt und Potenziale gefördert«

mehr nur kirchliche Gelder, sondern bietet auch Privatpersonen und diversen Institutionen die Möglichkeit an, in Mikrokredite zu investieren. Dafür wurden einerseits in Staaten wie Deutschland, Österreich oder der Schweiz Fördervereine eingerichtet, die eine Beteiligung an Oikocredit durch den Erwerb von Genossenschaftsanteilen ab einer Höhe von 200 Euro anbieten. Das so eingelegte Geld wird andererseits über Regio-

nalbüros in Afrika, Asien, Lateinamerika und Osteuropa an lokale Partnerorganisationen weitergeleitet, die die Vergabe von Mikrokrediten abwickeln. Ähnlich wie bei einem Sparbuch können die AnlegerInnen ihr Geld jederzeit durch den Verkauf der Genossenschaftsanteile wieder zurückbekommen und erhalten in der Zwischenzeit eine jährliche Dividende von in der Regel 2 Prozent.

Das Prinzip ähnelt jenem des fairen Handels: Wer seine Ersparnisse bei Oikocredit anlegt, verzichtet auf eine höhere Verzinsung, wie sie von kommerziellen Banken angeboten wird. Dafür besteht die Gewissheit, dass das Geld Menschen zugute kommt, die es dringend benötigen und mit dessen Hilfe Armut überwinden können.

Abschließend noch eine Anmerkung zur »Kreditfähigkeit« von Menschen, die aufgrund finanzieller Armut keinerlei materielle Sicherheiten anbieten können: In den vergangenen fünf Jahren wurden mehr als 98 Prozent aller von Oikocredit vergebenen Kredite fristgerecht zurückgezahlt – eine Quote, die kommerzielle Banken kaum erreichen. Ein Indiz dafür, dass Anerkennung und Vertrauen nach wie vor die größte Sicherheit in unterschiedlichen Bereichen des Lebens bieten.

Bernhard Obojes, studiert Politikwissenschaft und Internationale Entwicklung an der Universität Wien und arbeitet für den österreichischen Förderverein Oikocredit Austria.